



Brennender Bus bei Paris



Le Pen

FRANKREICH

Ruck nach rechts

Vom Wiederaufflammen der Gewalt in den Pariser Vorstädten profitieren vor allem Frankreichs Nationalisten. Ein Jahr nach dem Unfalltod zweier Teenager im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois, der zu landesweiten Krawallen führte, sorgen die neuen Auseinandersetzungen zwischen gewaltbereiten Jugendlichen und überforderten Sicherheitskräften für Zulauf zum Front national (FN). Über 20 Prozent der Franzosen sollen laut Umfragen der Tageszeitung „Le Parisien“ hinter dem FN-Präsidentschaftskandida-

ten Jean-Marie Le Pen stehen. Prompt erneuerte die Spitzenfrau der Sozialisten, Ségolène Royal, ihren umstrittenen Vorschlag, minderjährige Straftäter in Um-erziehungslagern mit militärischem Drill zu resozialisieren – immerhin fordern 77 Prozent der Franzosen ein härteres Durchgreifen gegen jugendliche Delinquenten.

Sechs Monate vor den Präsidentenwahlen bringt der Rechtsruck vor allem Nicolas Sarkozy in die Bredouille. Weil der Innenminister und Chef der Präsi-

dentente UMP mit seinem beinhalten Kurs der Razzien und Repressionen gescheitert ist, wird er nicht nur von Polizeigewerkschaftern, Lokalpolitikern und Kabinettskollegen gerügt; Sarkozy verliert auch unter den wertkonservativen Wählern maghrebinischer und schwarzafrikanischer Abstammung rapide an Rückhalt. Der Minister, der sich gern als „erster Flic Frankreichs“ apostrophiert, verlegte sich daher auf eine Doppelstrategie: In der Öffentlichkeit verspricht er weiterhin konsequentes Durchgreifen gegen das „Gesindel“ der Vorstädte; an die Polizeikräfte aber erging am Vorabend des Jahrestages zugleich diskrete Order, „keine Provokationen“ und „keine neue Eskalation“ zuzulassen.

RUMÄNIEN

Zweifelhafter Kandidat

Er ist 48 Jahre alt, Ökonomieprofessor, schreibt Gedichte und soll – so der Wunsch der Regierung in Bukarest – das Balkanland künftig als EU-Kommissar vertreten: Varujan Vosganian. Ob es tatsächlich dazu kommen wird, ist allerdings mehr als fraglich; der Bewerber, den Rumäniens Premierminister Călin Popescu-Tariceanu vorige Woche präsentierte, steht in Brüssel unter heftigem Beschuss. In diskreten Gesprächen versuchte Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits, die rumänische Regierung von ihrem Vorschlag abzubringen. Vosganian sei europapolitisch völlig unbedarft, kritisierten die Sozialisten im EU-Parlament, er habe zudem eine „fragwürdige politische Vergangenheit“. Fraktionschef Martin Schulz kündigte an, den Rumä-

nen bei der parlamentarischen Anhörung Ende November „hart, aber fair“ zu befragen. Tatsächlich pflegte Vosganian beste Beziehungen zum umtriebigsten rumänischen Oligarchen Gorin Ovidiu Vantu. Dieser hatte vor einigen Jahren bei der Pleite eines großen Investmentfonds eine unrühmliche Rolle gespielt, Zehntausende Rumänen verloren ihre Ersparnisse. Noch heute beschäftigt der merkwürdige Absturz des Fonds die Gerichte. Auf internationalem Parkett ist der armenischstämmige Vosganian bisher kaum in Erscheinung getreten. Glaubt man rumänischen Quellen, hat der Mann mit dem gepflegten Kinnbart zeitweise ohnehin lieber im Verborgenen gewirkt: Danach soll er in den acht-



Vosganian

ziger Jahren als Informant für die berüchtigte Geheimpolizei Securitate tätig gewesen sein. Das Bukarester Blatt „Jurnalul National“ zitierte vergangene Woche einen ehemaligen Securitate-Führungsoffizier, der berichtete, Vosganian sei in seiner Amtszeit als Informant angeworben worden. Vosganian, der die Vorwürfe bestreitet, wäre nicht der erste prominente Politiker, der mit Ceaușescus altem

Unterdrückungsapparat in Verbindung gebracht wird. Erst im Sommer wurde Ex-Kultusministerin Mona Musca als Zuträgerin der Securitate enttarnt. Musca galt bis dahin in ihrer Heimat als Lichtgestalt und Inbegriff für politische Integrität.